

**Abstract zum Vortrag auf der GHUP-Tagung 2009 in Stuttgart, publiziert in:
Umweltmedizin in Forschung und Praxis 14 (5): 265-266**

Umsetzung des § 18 TrinkwV 2001 in der behördlichen Praxis

Völker, S., Schreiber, C. und Kistemann, T.

Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit, Universität Bonn, Sigmund-Freud-Straße 25, D-53105 Bonn

Hintergrund: Die unteren Gesundheitsbehörden müssen in Deutschland seit 2003 gemäß Neufassung der Trinkwasserverordnung Hausinstallationen in Gebäuden, aus denen Wasser für die Öffentlichkeit bereitgestellt wird, hinsichtlich der Einhaltung der Anforderungen der TrinkwV überwachen. Dies wird bisher in der Regel in Form vielfältiger lokaler Insellösungen organisiert.

Methoden: Um einen Überblick über Methodenvielfalt und Varianten der Umsetzung des § 18 TrinkwV in der behördlichen Praxis zu gewinnen, wurden in einer bundesweiten Umfrage Mitte 2007 alle 419 unteren Gesundheitsbehörden postalisch kontaktiert. Die Daten von 142 antwortenden Behörden (34%) aus allen Bundesländern wurden in eine Datenbank eingepflegt und deskriptiv-statistisch ausgewertet.

Ergebnisse: Jedes Jahr müssen nach Angaben der Gesundheitsbehörden durchschnittlich 122 für die Trinkwasserbeprobung relevante Gebäude begangen werden (Median: 70). Dabei erfolgen die Begehungen bei 95% der Behörden nach einer festgelegten Priorisierung. Krankenhäuser und Altenheime werden dementsprechend von 80% aller Dienststellen jährlich oder häufiger beprobt, hingegen folgen die Untersuchungen z.B. in Hotels und Gaststätten nicht einem festgelegten Zeitintervall. Im Zeitraum von 2003 bis 2006 wurden im Schnitt je Kreis/kreisfreier Stadt 289 Gebäude begangen und beprobt (Median: 163). Hygienisch-mikrobiologisch wurden im Kaltwasser meist Allgemeine Koloniezahl bei 22 °C und 36 °C (je 96%) sowie coliforme Bakterien (94%) und *E. coli* (85%) untersucht. Das Warmwasser aus Hausinstallationen wird immer auf Legionellen getestet. Im chemisch-physikalischen Bereich wird die Temperatur von 94% der Behörden routinemäßig erfasst. Häufig werden die Parameter Blei (69%), Kupfer und Nickel (je 68%) überprüft. Die Hausinstallationstechnik nehmen 83% der Behörden auf, Daten zur Gebäudetechnik 66% und zum Nutzungsmuster 56%.

Schlussfolgerung: Die verordnungskonforme Umsetzung der Trinkwasserüberwachung stellt die Gesundheitsämter seit 2003 vor große Herausforderungen. Im Zeitraum von 2003 bis 2006 konnten 88% der unteren Gesundheitsbehörden weniger als 50% aller im Zuständigkeitsbereich zu beprobenden Einrichtungen untersuchen. Als Ursache hierfür wurden häufig mangelnde Personalkapazitäten angegeben. In Folge dessen orientieren sich viele Behörden an Musterausführungsbestimmungen, die Häufigkeit und Umfang der Untersuchungen vorschlagen, damit vor allem risikobehaftete Einrichtungen hinreichend überwacht werden können. Zusätzlich mussten personelle Ressourcen geschaffen und Expertise im Bereich Hausinstallation aufgebaut werden. Die Bestandsaufnahme erfasster Installationsdaten zeigt eine breite Streuung der

Parameter und damit Abstimmungsbedarf für ein einheitliches Vorgehen im Rahmen der Trinkwasserüberwachung.
(gefördert durch das BMBF, Förder-Nummer 02WT0832)